

Beschluss Eine Schule für alle 2020

Gremium: Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 20.09.2020
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Als Grüne Jugend Schleswig-Holstein sehen wir die Inklusion als wichtigen
2 bildungs- und gesellschaftspolitischen Grundsatz, um eine gerechte Ausbildung
3 für alle Schüler*innen zu ermöglichen. Allerdings steht das inklusive
4 Bildungssystem, nicht zuletzt wegen Corona, vor großen Herausforderungen wie
5 fehlendem Nachwuchs an Lehrkräften aller Schulformen, einem generellen Mangel an
6 Sonderpädagog*innen, sanierungsbedürftiger Infrastruktur, verschleppter
7 Digitalisierung, überlastete Lehrkräfte und so weiter.

8 Wir fordern daher:

- 9 • Keine Unterstützung von intensiv-pädagogischen Maßnahmen für welche die
10 Schüler*innen an ein Förderzentrum wechseln und stattdessen die personelle
11 und strukturelle Unterstützung von intensiv-pädagogischen Maßnahmen an der
12 Regelschule sowie die Ermöglichung der Einbindung von multi-
13 professionellen Teams in diese Maßnahmen
- 14 • Engere psychologische Begleitung von Lehrkräften als präventive Maßnahme
- 15 • Einbindung von grundlegender sonderpädagogischer Didaktik in die
16 Ausbildung von Lehrkräften und Vermittlung inklusiver Kompetenzen ähnlich
17 des Ausbildungskonzeptes in Österreich
- 18 • Zusätzliche personelle und finanzielle Mittel für die Sprachförderung in
19 Kindertagesstätten
- 20 • Zusätzliches Personal an Schulen, um die digitalen Endgeräte einzurichten,
21 zu verwalten und zu aktualisieren. Dafür sollte auch externes Personal
22 herangezogen werden.
- 23 • Angleichung der Bezahlung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst und
24 generelle Erhöhung der Bezahlung
- 25 • Analyse der Haltequote von Sonderpädagog*innen an der Europa-Universität
26 Flensburg
- 27 • Bereitstellung von Lernräumen an den Schulen, wo nach dem Unterricht mit
28 geschultem Personal gearbeitet werden kann, welches die Schüler*innen beim
29 Lernen und Arbeiten unterstützt. So können auch Schüler*innen, die Zuhause
30 keinen eigenen Schreibtisch oder Ruhe zum Arbeiten haben, konzentriert
31 lernen.
- 32 • Die Multiprofessionalität an den Schulen sollte stärker gewertschätzt und
33 strukturell verankert werden. Unterstützendes Personal an der einzelnen
34 Schule sollte zum Kollegium der Einrichtung gehören, in den
35 Entscheidungsgremien vertreten und gleichzeitig eng mit den externen
36 Unterstützungssystemen verzahnt sein. Die landesbezogene und kommunale

37 Verteilung dieser Ressourcen sollte die sozialräumliche Situation und
38 Zusammensetzung der Schülerschaft berücksichtigen.

39 Den multiprofessionellen Teams sollten verbindliche Zeiten und Räume für die
40 Zusammenarbeit zur Verfügung stehen, welche fest im Stundenraster integriert
41 werden. Das gilt auch, wenn Beschäftigte anderer Träger involviert sind.

42 • Aufstellung eines gemeinsamen Planungsrahmens „Inklusive Bildung“ für
43 Bund, Länder und Kommunen, indem materielle, räumliche, personelle und
44 finanzielle

45 Voraussetzungen an allen Bildungseinrichtungen konkretisiert werden. Es wird
46 empfohlen, diesen Planungsrahmen insbesondere unter Einbeziehung der zentralen
47 Interessengruppen zu entwickeln. Eine solche Verständigung kann die
48 Bildungsqualität des gesamten Bildungssystems erheblich verbessern und steigern.